

STEUERGERECHTIGKEIT GEGEN SOZIALE UNGERECHTIGKEIT

Die Kampagne von ATTAC für eine internationale Steuergerechtigkeit ist, nachdem sie beim Sozialforum in Porto Alegre gestartet wurde, zu einer Bürger- und Sozialbewegung geworden und sie ist noch immer lebendig, denn es gibt schwerwiegende Gründe dafür. Das sagen die Wirtschafts- und Sozialdaten aus. Kritiker des aktuellen Systems wie Joseph Stiglitz bestätigen das: „Der wachsende Abstand zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen hat in der „Dritten Welt“ in einem Maße zugenommen, dass immer mehr unter der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag fallen“¹. Die zunehmende Globalisierung „funktioniert für viele der Armen dieser Welt nicht“.²

Wir wissen bereits, dass der freie Kapitalmarkt ohne internationale Kontrolle und Regulierung einer der wichtigsten Ursachen für diese Ergebnisse ist. Dazu kommt noch eine wichtige Ursache: Derzeit wird die Regulierung des Bankwesens auf den internationalen Finanzmärkten behindert. Damit ist es in einem weiten Raum ohne Normen möglich, den Kapitalfluss in Steuerparadiese zu lenken, und dabei enorme Gewinne zu erwirtschaften, die zum Teil aus diesen Gebieten kommen.

Die Banken verteidigen diese Steuerparadiese auf internationaler Ebene. In vielen Ländern werden ihre geheimen Aktivitäten und die Vertraulichkeit, mit der ihre Kunden Konten verschieben können, zu einem Machtinstrument gegen den Staat und damit gegen jede rechtliche internationale Kontrolle. In diesem Prozess betreiben die Banken das Projekt der Globalisierung. Dadurch wird die Souveränität der Staaten ausgedünnt, werden Demokratien behindert und schließlich regieren die Wirtschaftsmächte, welche die internationalen Institutionen wie die Weltbank, den Internationalen Währungsfond und die Welthandelsorganisation kontrollieren.

Die Folge all dessen wird nach einer gewissen Zeit der Auftritt einer „Barbarei“³ sein, wie Professor Capella sie nennt. Sie wird verschiedene wirtschaftliche, soziale und legale Facetten haben.

Diese Barbarei hat unter vielen anderen Aspekten zwei mit besonderer Relevanz: Eine regressive Steuerpolitik, d. h. die Steuerbelastung wird verschoben von denen, die mehr besitzen, auf die, die weniger besitzen. Zudem werden Steuern eingeführt, die nicht zur Umverteilung der Einkommen beitragen. Die Auslagerung des Kapitals in dieser massiven Form des Mangels an gesetzlicher Kontrolle der Märkte, macht wie keine andere die Arbeitnehmer unmittelbar zu schutzlosen Opfern dieser Verlagerung.

Die Folge dieser Situation, die José Luis Sampedro zum Zeitpunkt der Invasion im Irak vorausgesehen hat, ist, dass wir uns in „einer Epoche der Barbarei“ befinden. Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation, die unvereinbar ist mit der Perspektive einer gerechteren Gesellschaft. Ein Ergebnis dieser Analyse ist zum Beispiel die Wirtschaft Spaniens. In Spanien nimmt die Zahl der physischen Personen, die mehr als

¹ El malestar en la globalización. Taurus. 2002. Pág. 29 (Das Unbehagen über die Globalisierung)

² Idem. Pág. 269

³ Entrada en la barbarie. Editorial Trotta, 2006, pág. 179 (Eintritt in die Barbarei)

eine Million Euro pro Jahr einnehmen, ständig zu. Derzeit gibt es nur zehn Länder auf dieser Erde mit mehr Millionären.

Zugleich nimmt die Anzahl der Personen, die im Jahr mehr als 24 Millionen Euro einnehmen, zu. Aus Informationen der Investmentbank Merrill Lynch und des Beratungsunternehmens Cap Gemini geht hervor, dass das inzwischen 1500 Personen sind. Dem spanischen Finanzministerium nach, deklarieren nur 65 von ihnen diese Einkünfte. Das Finanzministerium berichtet, dass der Steuerbetrug bereits 10% des BIP beträgt und sich auf die mächtigsten Gruppen der Bevölkerung konzentriert. Zugleich ist Spanien im Europa der Fünfzehn eines der Länder mit einem hohen Armutsanteil, von 18% der Bevölkerung.⁴

Die Analyse dieser Daten zeigt zugleich, dass die Kreditinstitute die Nutznießer sind. Es genügt, die verfügbaren Informationen in diesem Sinne zu analysieren. Im Geschäftsjahr 2006 machte die Gruppe Santander einen Gewinn von 7596 Millionen Euro, die BBVA 4736 Mio. Euro, gefolgt von La Causa mit einem Gewinn von 3025 Mio. Euro. Noch aufschlussreicher sind die Daten über die Gehälter der Manager dieser Geldinstitute.

Die Regierung hat das königliche Dekret 54/05 vom 21. Januar über die Verhinderung der Geldwäsche vor allem im Zusammenhang mit der Vorgehensweise bei Steuerparadiesen beschlossen. Sicher, es wurde neben anderen Neuerungen die Identifikationspflicht für Auftraggeber internationaler Überweisungen eingeführt. Diese Pflicht gilt allerdings nicht für Kreditinstitute, obwohl sie die wichtigsten Auftraggeber für diese Transaktionen sind. Das anerkennt auch das Wirtschaftsministerium in einer Mitteilung an ATTAC vom 8. Juni 2006.

In dieser Mitteilung wird der Beschluss 2963/2005 vom 20. September hervorgehoben. Damit wurde die zentrale Behörde zur Verhinderung der Geldwäsche (Organo Centralizado de Prevención OCP) im Generalrat der Notariate (Consejo General de Notariado) geschaffen. Sie soll die Zusammenarbeit bei der Aufdeckung verdächtiger Transaktionen zur Geldwäsche verbessern. Zugleich wird auf den Katalog der riskanten Transaktionen (Catálogo de operaciones de riesgo - COR) hingewiesen, der von der Behörde zur Verhinderung von Geldwäsche (Servicio de Prevención de blanqueo de capitales - SEPBLAC) erstellt wurde. Darin werden folgende Transaktionen aufgelistet: „Kapitalverkehr mit Investoren und Repräsentanten in Steuerparadiesen, in Staaten oder Gebieten, die im Kampf gegen die Geldwäsche nicht kooperieren, Finanzierung von Terrorismus in juristisch schlecht oder nicht kontrollierten Gebieten, mit Staaten wo die Existenz krimineller Organisationen bekannt ist (besonders Drogenhandel, terroristische Aktionen, organisierte Kriminalität oder Menschenhandel)“

Man hat den Eindruck, dass das Ministerium den Zusammenhang zwischen nationaler und internationaler Steuerhinterziehung und der verbotenen Geldwäsche nicht besonders bewertet. Auf jeden Fall musste das Ministerium die schädlichen Auswirkungen der Steuerparadiese erkennen, die angesichts

⁴ Viçens Navarro. Catedrático de políticas públicas de la UPF. Informativo Attac, Madrid , septiembre 2006

der Bedrohung auf internationalem Niveau effektive und gemeinsame Anstrengungen erfordern.

Gerechterweise muss man anerkennen, dass die Regierung die Verordnung 2619/2006 erlassen hat, die am 28. Juli in Kraft trat, um mehr Transparenz bei Auslandsüberweisungen zu erwirken. Eine Tatsache, die mehrere Interpretationen zulässt ist, „dass sich die Zahl der in Spanien lebenden Ausländer in den letzten acht Jahren vervierfacht hat“. Es ist wichtig zu wissen, wer sie sind, woher sie kommen, und ihre Einkommensverhältnisse zu kennen. Denn ganz offensichtlich sind es nicht die Emigranten, sondern jene, die über die Naturschönheiten bestimmen. Deshalb ist es notwendig, jene Bereiche zu beobachten, in denen immer mehr Investitionen in Immobilien getätigt werden.

Sicher wurden die Überwachungsinstrumente verstärkt, mit denen die Bankkunden identifiziert werden sollen. Dies gilt vor allem für diejenigen, die physisch abwesend sind, „Auslandstransaktionen“ tätigen und über interne Kontrollmechanismen für Banken und Sparkassen zur Überwachung der Kunden, die „ein potentielles überdurchschnittliches Risiko darstellen“ und Prozeduren zur Aufdeckung verdächtiger Transaktionen verfügen.

In diesem Zusammenhang hat die Aktionsgruppe Internationale Finanztransaktionen (Grupo de Acción Financiera Internacional - GAFI) eine inoffizielle Evaluierung zu Spanien erstellt (21. Juli 2006). Darin wird die Nichterfüllung von 40 Empfehlungen zur Verhinderung von Geldwäsche durch die Regierung angeprangert. Hervorzuheben sind zwei der angezeigten Mängel, die Fehler des Systems im Kampf gegen diese verbrecherischen Taten aufzeigen. Die Aktionsgruppe GAFI prangert den Mangel einer adäquaten Überwachung der Tätigkeiten von Anwälten, Notaren, Immobilienmaklern, Registratoren, Assessoren, Spielbetreibern und Spielkasinos an. Sie kritisiert, dass SEPBLAC nur über zwei Beamte verfügt, die alles, was mit diesen so wichtigen Transaktionen in der normalen Wirtschaft zusammenhängt, kontrollieren sollen. Vor allem kritisiert sie die Tatsache, dass die beiden Branchen der Notare und Immobilienmakler das größte Risiko im Zusammenhang mit Geldwäsche darstellen.

Die GAFI berichtet, dass von allen öffentlichen Stellen in den Jahren 2001 bis 2004 nur 18 verdächtige Transaktionen angezeigt wurden. Dies ist schon überraschend, wenn nach den Angaben dieser Gruppe in Spanien 45.800 Immobilienmakler registriert sind, von denen nur 4.600 mehr als drei Angestellte haben. Zugleich wird bestätigt, dass von den Notaren 2.532 Berichte an SEPBLAC gingen, die nicht genügend Informationen enthielten, um damit verdächtige Transaktionen aufzudecken. Weiter berichtet GAFI, dass die Revisoren keine einzige Inspektion bei Anwälten, Assessoren oder Notaren durchgeführt haben.

Obendrein wurden nur 14 Inspektionen bei den 6.500 Geldinstituten, die in Spanien registriert sind, durchgeführt. Die obigen Angaben sind bereits sehr aussagekräftig. Dieses Dokument zeigt die charakteristischen Defizite des gegenwärtigen Systems in Spanien auf: In Bezug auf die Aktivitäten der Geldinstitute enthält es den Vorwurf an die Regierung, dass sie nichts gegen diejenigen unternimmt, die Geschäftsbeziehungen mit getarnten Banken in bekannten Steuerparadiesen unterhalten. Es muss sichergestellt werden, dass die Bankfilialen in diesen Gebieten dem Gesetz für die Verhinderung der

Geldwäsche genüge tun und sich an das System der internen Kontrolle zur Aufdeckung verdächtiger Transaktionen halten.

Es ist leider nichts Neues, dass die Bestimmungen der ersten Novelle des erwähnten Gesetzes seit 13 Jahren noch nie eingehalten wurden, weder die Regierung noch die Nationalbank (Banco de España) haben ihre Verpflichtungen erfüllt. Das heißt, es bestätigt sich, dass die Regierung der Kontrolle der Konten jener Banken in den Steuerparadiesen, mit denen es Geschäftsbeziehungen gibt, nicht nachgekommen ist. Es fehlt die Forderung nach den wichtigsten Informationen nicht nur über die Inhaber der genannten Konten, sondern auch über deren Kontobewegungen, den Ursprung der Geldmittel, die über sie fließen, der echten Transaktionen, die bestimmend über die Zusammensetzung dieser Konten sind und der Geldbewegungen.

Ohne Zweifel hat das Dokument der GAFI das geltende System gegen die Geldwäsche aufgeschreckt. Die Regierung hat mit dem Erlass des Gesetzes 36/2006 vom 29. November über die Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerbetrug sehr zurückhaltend reagiert. Darin wird endlich anerkannt, dass Steuerbetrug „einen Verlust öffentlicher Einnahmen darstellt“, „der den Steuerdruck auf jene erhöht, die ihre Steuerpflicht erfüllen“ und dass dieser „ein entscheidendes Element der Ungerechtigkeit des gesamten Abgabensystems ist“. Im erwähnten Gesetz wurden bedeutende Maßnahmen betreffend den Immobiliensektor und Regeln für Steuerparadiese eingeführt, die sich dadurch auszeichnen, dass sie „keinen Beitrag leisten und keinen wirksamen Austausch von Information über Abgaben“ liefern. Es wurden Maßnahmen eingeführt, welche Transparenz für in- und ausländische wirtschaftliche Operationen garantieren sollen.

Zugleich wurden Reformen der Artikel 17, 23 und 24 des Notariatsgesetzes vom 28. Mai 1862 beschlossen, - dafür wurde es höchste Zeit - um die wichtigsten formalen und materiellen Regeln für Aktionen und Rechtsgeschäfte von Notaren zu überwachen. Angesichts dieser Bestimmungen, die wenigstens die Gesetze aus dem 19. Jahrhundert erneuerten, ließ die Reaktion nicht auf sich warten.

Der Dekan der Notariatskammer von Madrid warnte vor den Risiken, die für die Funktionen der Notare entstünden. „Es öffne sich tatsächlich eine Tür in den protokollarisch reservierten Bereich, durch die nicht nur die in Notfällen verantwortlichen Beamten, sondern auch die „Verwalter von Abgaben“, aller Art, seien es staatliche, autonome oder lokale ein- und ausgehen. Das birgt das Risiko, dass hier auch ein Schlüssel für alle anderen Behörden liege...als wäre der Notar ein Teil der staatlichen Organisation und die Protokolle ein öffentliches Archiv. Hier muss man eine Grenze ziehen, die streng zu respektieren ist“. Abschließend warnte er vor den Risiken für Tätigkeiten, wie die eines Notars, die durch „Interventionismus“.⁵ entstehen.

Letztlich bleibt die Existenz von Steueroasen Realität und wird von den Banken sowie anderen Unternehmen als Möglichkeit genutzt, Steuern zu hinterziehen, Vermögen zu verbergen und zur sozialen Ungerechtigkeit beizutragen. Der Präsident der BBVA ist offensichtlich ein Exponent dieser Einstellung. Es wurde

⁵ José Aristónico García. ¿Hacia una nueva concepción del notariado?. El País 5 de febrero 2007, pág. 83 Ein neues Konzept für das Notariat?

bekannt, dass er im Jahr 2006 Vergütungen in Höhe von 9,77 Millionen Euro erhielt. Derweil erhielten mehr als ein halbe Million Lohnarbeiter als Mindestlohn nur 18,30 Euro täglich.

Aus all diesen Gründen, müssen die Geldinstitute auch weiterhin jenen Regeln unterworfen werden, die schon bei anderen Gelegenheiten angewendet wurden:

Daher müssen alle Banken, die nicht bereit sind, alle Transaktionen mit Steuerparadiesen zu beenden, folgenden Maßnahmen zustimmen:

a) *Die Voraussetzungen für die Berechtigung eines Geldinstituts, über eine Filiale in einem Steuerparadies zu arbeiten werden von der Notenbank festgesetzt und müssen im ganzen Stammhaus erfüllt werden.*

a.1) Die Belege und entsprechenden Vorgänge in der Buchführung dieser Filialen müssen dokumentiert werden.

a.2) Den Steuerbehörden müssen Informationen über die Transaktionen von Kunden, die auf spanischem Territorium wohnen und über die Filiale Geschäfte abwickeln sowie für die Rechtspersonen, die im Steuerparadies wohnen, transparent gemacht werden.

Gleiches gilt für Verträge, die dort nach den Gesetzen des Steuerparadieses abgeschlossen und über die Filiale der spanischen Bank abgewickelt wurden.

b) Die Identität der Kunden, die mit ihrer Intervention oder Vermittlung einen direkten oder treuhänderischen Wohnsitz in einem Steuerparadies erworben haben, muss bekannt gemacht werden.

c) Die Identität der Kunden, die unter einem direkten oder treuhänderischen Titel Zahlungen für Handelswaren über ihre Filialen in den Steuerparadiesen erhalten oder getätigt haben, wenn das Geld in oder aus Konten in Spanien fließt, muss bekannt gemacht werden.

d) Die Identität der Kunden, die Einzahlungen oder Behebungen im Betrag von EUR 3000,- oder darüber auf Korrespondenz-Konten in Spanien der Filialen mit Wurzeln in diesen Gebieten vornehmen, muss bekannt gemacht werden.

Banken und Sparkassen müssen definitiv unter einem wirksamen transparenten Gesetz arbeiten und sich vollständig den nationalen Gesetzen unterwerfen, wenn sie international tätig sind, auch unter den bestehenden Schwierigkeiten unter effektiver, internationaler Kontrolle zu arbeiten.

Carlos Jiménez Villarejo

Übersetzung : Herbert Kaser, Coorditrad